

Grüne fordern mehr politischen Unterricht: Bayern soll aufholen

Die Grünen in Bayern fordern ab der 5. Klasse zwei Stunden Politik pro Woche zur Stärkung der Demokratie in Schulen.

Grüne drängen auf umfassendere politische Bildung

In Bayern setzen sich die Grünen für eine intensivere politische Bildung an Schulen ein, um die Demokratie zu stärken. Fraktionsvorsitzende Katharina Schulze erklärte in München, dass politische Bildung ab der 5. Klasse fester Bestandteil des Lehrplans und mehr Zeit eingeräumt werden sollte. Dieser Vorstoß ist eine Reaktion auf die erschreckenden Ergebnisse einer Studie der Uni Bielefeld.

Bayerns Schüler im Nachteil

Laut der Studie erhalten Bayern Schülerinnen und Schüler deutlich weniger Unterricht in politischer Bildung als ihre Altersgenossen in anderen Bundesländern. Gymnasiasten in Nordrhein-Westfalen, Hessen oder Schleswig-Holstein haben demnach mehr als achtmal so viel Unterricht in diesem wichtigen Bereich.

Fokus auf qualifizierte Lehrkräfte

Ein weiteres Problem, das die Landtags-Grünen ansprechen, ist

die mangelnde Qualifikation vieler Lehrer, die das Fach „Politik und Gesellschaft“ (PuG) unterrichten. Besonders an Realschulen wurden im Schuljahr 2021/2022 etwa 51 Prozent der Stunden fachfremd unterrichtet. Damit bleibt die Qualität der politischen Bildung oft hinter den Anforderungen zurück.

Politische Bildung und digitale Desinformation

Parallel dazu verfolgt Digitalminister Fabian Mehring von den Freien Wählern das Ziel, die Staatsregierung im Kampf gegen Fake News zu stärken. Extremisten, die das Internet zur Verbreitung von Falschinformationen nutzen, stellen eine große Bedrohung dar. Daher soll die im April gegründete Allianz gegen Fake News intensiviert und bis zu den Bundestagswahlen 2025 und Kommunalwahlen 2026 ein umfassendes Maßnahmenpaket geschnürt werden.

Gemeinsame Anstrengung für Demokratie

Mehring plant, neben der Staatsregierung auch Unternehmen wie Google und Meta sowie zivilgesellschaftliche Organisationen und die Medien einzubinden. Er hofft, dass das Konzept über Bayern hinaus auch in anderen Bundesländern als Modell dienen kann.

Kritik an bisherigen Maßnahmen

Schulze kritisierte vehement die bisherigen Bemühungen der bayerischen Staatsregierung. Sie bezeichnete das „Verfassungs-Viertelstündchen“, eine wöchentliche 15-minütige Einheit zur politischen Bildung, als unzureichend und als dringend verbesserungsbedürftig angesichts des wachsenden Populismus und Rechtsrucks.

Dieser Ruf nach intensiverer politischer Bildung und qualifiziertem Unterricht zeigt die Notwendigkeit, junge

Menschen besser auf die Herausforderungen der Demokratie vorzubereiten. Die Bündelung von Kräften in Bildung und digitalem Bereich könnte ein entscheidender Schritt sein, um die demokratische Kultur in Bayern und darüber hinaus nachhaltig zu stärken.

- **NAG**

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de